

Auch die Belastungen aus der laufenden Tarifrunde für den öffentlichen Dienst muss Scholz noch aufbringen. Jeder Prozentpunkt, den Bundesbeamte und Soldaten künftig mehr verdienen, schlägt für die Bundeskasse mit 300 Millionen Euro zu Buche, kalkulieren Scholz' Experten.

Im nächsten Jahr, so befürchtet er, laufe der Bund sogar Gefahr, gegen die Vorgaben der Schuldenbremse zu verstoßen. Sie erlaubt dem Finanzminister ein um konjunkturelle Mehreinnahmen bereinigtes Minus von höchstens 11,4 Milliarden Euro. Diese Größenordnung droht der Bundeshaushalt 2019 fast vollständig auszuschoffen. Die schwarze Null erreicht Scholz nämlich im Wesentlichen nur deshalb, weil die gute Konjunktur zusätzliche Steuermilliarden in die Kasse spült. Diese Einnahmen müssen aber bei der Berechnung der Neuverschuldung laut Schuldenbremse herausgerechnet werden. Je besser die Wirtschaft läuft, desto größer wird die Gefahr, dass Scholz die Vorgaben verfehlt.

Die Folge ist paradox: Trotz sprudelnder Steuereinnahmen könnte Olaf Scholz im kommenden Jahr gezwungen sein, im Etat zu kürzen. Ein Vorgehen, das vielen Kabinettskollegen genauso wenig einleuchten wird wie den eigenen Leuten. Schon in der vergangenen Legislaturperiode empfanden viele Genossen Schäubles Sparpolitik als Zumutung. Und nun soll sie unter einem SPD-Minister sogar noch verschärft werden?

Einer der gefährlichsten parteiinternen Kritiker meldete sich bereits in Meseberg zu Wort, der Genosse Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB. Der Arbeitnehmervertreter lobte in seinem Vortrag wortreich viele Pläne der Großen Koalition, doch



Teilnehmer der Klausur: Wirre Debatten um Islam und Hartz IV

zugleich beklagte er den Scholz-Kurs der schwarzen Null. Es dürfe nicht sein, warnte er, dass deshalb wichtige öffentliche Investitionen unterblieben.

Der mächtige Gewerkschaftsboss ist nicht der einzige Kritiker des Finanzministers. Scholz' Problem ist, dass er aus Sicht vieler Sozialdemokraten für die alte Genossengarde steht, die mit ihrer Apparatschik-Mentalität die Partei erst in die verfahrenere Situation gelenkt hat, in der sie seit geraumer Zeit steckt.

Das Regierungsgeschick des neuen Vizekanzlers wird geschätzt, aber ob sich mit dem Hamburger die SPD erneuern lässt, wird in weiten Teilen der Partei bezweifelt. Auch sein Mantra, sich über Solidität und Verlässlichkeit neues Vertrauen

beim Wähler zu erarbeiten, ist in der SPD umstritten. Manche Sozialdemokraten fragen sich, wie das zum eigentlichen Vorhaben passt, in der neuen Großen Koalition einen anderen Stil zu prägen und stärker auf Abgrenzung zur Union zu setzen. Er möchte sich nicht »an Gute-Laune-Presskonferenzen in Meseberg gewöhnen«, schimpfte Juso-Chef Kevin Kühnert nach der Kabinettsklausur.

Erschwerend kommt hinzu, dass in der SPD das Langzeitgedächtnis in Sachen Scholz seit Jahren erstaunlich gut funktioniert. Seine Zeit als emotionsloser Generalsekretär unter Gerhard Schröder hängt ihm ebenso nach wie seine ewige Besserwisserei in inhaltlichen Fragen, seine regelmäßigen Liebäugeleien mit der Kanz-

Koalition Weil das Kabinett zerstritten ist, verlagert es wichtige Fragen in mehr als ein Dutzend Kommissionen.

»Schwarz-rote Räteregierung«

● Das Gedächtnis von Politikern kann verdammt kurz sein, das zeigte gerade wieder Peter Altmaier. Der Wirtschaftsminister machte am Dienstag auf dem Weg zur Kabinettsklausur nach Meseberg einen Zwischenstopp im Süden Berlins, um eine Rede auf einem Mobilitätskongress zu halten. Die Zukunft des Elektroautos müsse man jetzt »umsetzen und planen«, forderte er. Auf keinen Fall dürfe die Regierung »für die nächsten Jahre Kommissionen einrichten«, so der CDU-Mann.

Nur ein paar Stunden später befahl ihn und seine Kabinettskollegen ein regelrech-

tes Kommissionsfieber: In den nächsten Wochen und Monaten werden 15 Arbeitsgruppen, Konferenzen und Räte mit zusammen etwa 300 Teilnehmern einberufen. Das geht aus einem internen Papier hervor, das in Meseberg diskutiert wurde. Sie sollen Aktionsprogramme, Berichte und Gutachten für zahlreiche Regierungsprojekte erarbeiten, von der Energiepolitik bis zur Ärztevergütung, von der Rente bis zum Luftverkehr.

Ein »nationaler Bildungsrat« soll darüber beraten, wie sich die Qualität der Ausbildung vergleichen lässt. Ein »Runder

Tisch zur Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen und Kindern« ist geplant, eine »Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Einführung eines Kindergrundrechts« sowie eine Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse«.

Um das Thema Digitalisierung kümmern sich zwar jetzt schon ein halbes Dutzend Ministerien, dazu Kanzleramtsminister Helge Braun und seit Neuestem auch Dorothee Bär, die den schönen Titel Staatsministerin trägt. Nun kommen noch Kommissionen zur Daten-Ethik und zum Wettbewerbsrecht im Digitalbereich dazu. Über eine »schwarz-rote Räteregierung« lästern inzwischen Mitglieder der Regierung.

Die Flut der Räte hängt vor allem damit zusammen, dass sich SPD und Union in vielen Punkten nicht einigen können. Deshalb wimmelt der Koalitionsvertrag nur so von Kommissionen. Weil nun auch in Meseberg

lerkandidatur oder das G-20-Debakel, das er im vergangenen Sommer in der Hansestadt zu verantworten hatte.

Wie sehr der Führungsanspruch des Finanzministers in den eigenen Reihen in Zweifel gezogen wird, zeigte sich in der Hartz-IV-Debatte der vergangenen Wochen. Nachdem Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller für seine Fundamentalkritik an den Reformen der Schröder-Ära (»keine gesellschaftliche Akzeptanz«) viel Zuspruch aus der Partei bekommen hatte, versuchte Scholz, die Debatte mit einem Machtwort auszutreten.

Doch das brachte nur noch mehr Kritiker auf den Plan. Erst verlangte der hessische SPD-Chef Thorsten Schäfer-Gümbel, dass Hartz-IV-Bezieher künftig mehr Vermögen besitzen dürfen. Dann brachte auch Arbeitsminister Hubertus Heil mit unklaren Interview-Äußerungen in der »Zeit« eine Anhebung der Hartz-Gelder ins Gespräch. »Ich schaue mir das an, was wir bei den Grundsicherungssätzen tun können«, sagte er. Es schien, als könne sich Scholz nicht mal bei den eigenen Kabinettskollegen durchsetzen.

Noch kann der Finanzminister davon ausgehen, mit Andrea Nahles eine Parteivorsitzende zu bekommen, die ihm voll vertraut, jedenfalls ist das der Eindruck, den beide gern vermitteln. Sie kennen sich seit langer Zeit, in den SPD-Führungsgremien traten sie in den vergangenen Jahren oft als Tandem auf.

Doch ob ihr Verhältnis wirklich so stabil ist, wird sich spätestens dann erweisen, wenn es um die Frage geht, wer die SPD in den nächsten Wahlkampf führen soll. Derzeit gilt die Aufgabenteilung: Er kümmert sich um den Regierungsalltag, sie um

die Erneuerung der Partei und die Wiederbelebung der Fraktion. So will das Duo die SPD wieder auf Augenhöhe mit der Union bringen, obwohl dabei bislang nur wenige Fortschritte zu vermelden sind. In fast allen Umfragen liegt die Scholz-Nahles-SPD wie festgefroren unter der 20 Prozent-Marke.

Die Kanzlerin sieht die Ambitionen des neuen starken Sozialdemokraten in ihrem Kabinett mit gemischten Gefühlen. Einerseits ist sie froh, mit Scholz einen Koalitionspartner zu haben, der ihr inhaltlich und im Politikstil sehr ähnlich ist. Andererseits ist sie Machtpolitikerin genug, dem sozialdemokratischen Rivalen das Geschäft zu erschweren, zum Beispiel mithilfe der eigenen Minister.

So schrieb Wirtschaftsressortchef Peter Altmaier kürzlich einen Brief an seinen Duzfreund und Kabinettskollegen Scholz, in dem er mehr Steuergeld für die Forschungsförderung in Unternehmen verlangte – wohl wissend, dass der Mittelstandsflügel der Sozialdemokraten das genauso sieht. Und auch Merkel selbst stellte klar, dass sie die Themen Haushalt und Finanzen nicht allein dem Koalitionspartner überlassen will.

Nachdem Scholz in Meseberg seinen Vortrag zur öffentlichen Kassenlage beendet hatte, meldete sich die Kanzlerin zu Wort. Wenn es bei den Gesprächen über den Haushalt mal Schwierigkeiten gebe, dann sollten die Kabinettsmitglieder das doch bitte auch der Regierungszentrale melden, regte Merkel an. Es sei wichtig, dass man im Kanzleramt im Bilde sei.

Christoph Hickmann, Veit Medick, Ralf Neukirch, Christian Reiermann, Michael Sauga, Cornelia Schmergal

die Kraft für konkrete Beschlüsse fehlte, wurde das Gremienwesen präzisiert und erweitert. Beispiel Energie: Die Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung« soll den Ausstieg aus der Kohleverstromung organisieren und gleichzeitig darüber nachdenken, wie neue Jobs in Braunkohlerevieren wie der Lausitz geschaffen werden können.

Nur stritten Altmaier und Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) darüber, wer in der Kommission das Sagen hat. Den Streit der beiden Minister lösten die Großkoalitionäre auf ihre Art: Sie blähten die geplante Kohlekommission einfach weiter auf, indem auch die beiden Ministerien Arbeit und Inneres mit in die Verantwortung geholt wurden. Statt »Federführung« übernehmen jetzt alle vier Ressorts die »Steuerung« der Kommission, so lautet die Sprachregelung von Meseberg.

Fraglich ist allerdings, ob eine derart aufgeblähte Runde noch vernünftige Ergebnisse liefern kann. Die Grünen-Parteichefin Annalena Baerbock sieht in der Kommissionitis den Versuch, »ernsten und verbindlichen Beschlüssen« aus dem Weg zu gehen.

Das muss sich nun auch Altmaier ankreiden lassen. Während er noch Stunden vor Meseberg versprochen hatte, die Debatte über die Zukunft der Elektromobilität nicht in eine Kommission abzuschieben, tat er auf der Klausur genau das: Es wurde ein Rat für »nachhaltige Mobilität« beschlossen.

Das Kabinett vereinbarte ihn mündlich, er tauchte zunächst nicht in der internen Regierungsvorlage auf. Und so mussten ihn die Ministerialen nach Rückkehr ihrer Chefs noch schnell mit auf die Liste setzen.

Michael Sauga, Gerald Traufetter